Beschlussvorlage
Ref.III/022/2024

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Umweltausschuss	02.10.2024	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Zwischenbericht zur Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzepts der Stadt Nürnberg

Sachverhalt (kurz):

Der Auftrag zur Erstellung eines gesamtstädtischen Integrierten Klimaschutzkonzepts (IKSK) ergab sich sowohl durch den Beschluss zum KlimaEntscheid aus dem Dezember 2022 (vgl. Vorlage Ref.III/020/2022) als auch durch die Anpassung der Klimaschutzziele durch den Stadtrat im Mai 2022. Die Vorlage enthält einen kurzen Zwischenbericht des aktuellen Sachstandes der Konzepterstellun und gibt einen Ausblick auf die weiteren Schritte im Projekt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es handelt sich um eine Fachdebatte zum Klimaschutz und ist ohne Diversity-Relevanz.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat

a) nimmt vom Bericht der Stadtverwaltung Kenntnis.
b) beschließt, dass die Stadtverwaltung 2.000 zufällig ausgewählte Personen in einem gemeinsamen Anschreiben durch den Oberbürgermeister und die Referentin für Umwelt und Gesundheit kontaktiert und zur Teilnahme an Workshops im Januar zur Erarbeitung von Maßnahmen eingelädt. Anschließend bildet die Verwaltung eine möglichst repräsentative Gruppe aus 40 Freiwilligen, welche an den Workshops teilnehmen wird.
c) beschließt die Auszahlung von 100 € pro Person als Aufwandsentschädigung für die freiwillige Teilnahme an allen Terminen der Zufallsbürger*innen-Beteiligung.